



**Susanne Kastner, MdB**  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

## **PRESSEMITTEILUNG**

12. November 2007

### **CSU-Junge haben keinen Einfluss in München** **Susanne Kastner verwundert über Äußerungen von Steffen Vogel**

**Haßfurt: Mit Verwunderung hat die unterfränkische Bundestagsabgeordnete Susanne Kastner die Äußerungen von Steffen Vogel bei der Generalversammlung der Jungen Liste im Landkreis Haßberge zur Kenntnis genommen. Der designierte Landtagskandidat der CSU hatte dort erklärt, dass sich die Junge Liste seit einem Jahr um eine flächendeckende Versorgung des Landkreises mit DSL bemüht.**

„Nur Gerede bringt uns auf Dauer nicht weiter.“ Für Susanne Kastner ist der Einsatz von Steffen Vogel für mehr DSL im Landkreis Haßberge nicht mehr als „heiße Luft“. Jede Menge Aktionismus, aber keine Ergebnisse. „Der JU-Bezirksvorsitzende hat im letzten Jahr keine Verbesserung erreicht, denn sonst hätten sich jetzt nicht so viele Bürger und Unternehmer mit der Bitte um Unterstützung an mich gewandt.“ Dabei hat Vogel, nach eigener Aussage, sogar mit dem damaligen Wirtschaftsminister Erwin Huber über die Problematik der weißen DSL-Flecken im Landkreis (Gebiete, in denen der schnelle Zugang zum Internet nicht möglich ist) gesprochen.

„Die Jungen in der CSU haben ganz offensichtlich in München keinerlei Einfluss“, kommentiert Susanne Kastner die Versuche von Steffen Vogel. Die Bundestagsvizepräsidentin sieht die Staatsregierung ganz klar in der Pflicht. „Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht. Es ist erfreulich, dass der aus Bayern stammende Wirtschaftsminister in Berlin die Zeichen der Zeit erkannt hat.“ Zehn Millionen Euro Bundesmittel stehen im Haushalt 2008 für den Ausbau der Breitband-Versorgung zur Verfügung. In den nächsten drei Jahren sind es insgesamt 50 Millionen Euro. „Geld, mit dem auch die weißen Flecken in den Landkreisen Haßberge, Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen beseitigt werden können.“

Aber nicht ohne die Unterstützung aus München. „Die Staatsregierung muss ebenfalls Gelder zur Verfügung stellen“, macht die SPD-Bundestagsabgeordnete klar. Nur dann könne DSL wirklich flächendeckend angeboten werden.

„In München versucht man aber wieder einmal, sich aus der Verantwortung zu stellen. Entscheidend wird sein, ob München es schafft, bis Ende des Jahres die genauen Antragsmodalitäten für die Förderprogramme zu erstellen, damit das Geld 2008 fließen kann.“

Gar zu gerne würde die Bayerische Staatsregierung die Kosten auf die Kommunen abwälzen. „Es herrscht immer noch die Meinung vor, dass sich die Gemeinden zusammenschließen und die Restkosten übernehmen sollen.“ Für Susanne Kastner der falsche Weg. „Damit verwehrt man nicht nur den Bürgern den schnellen Weg ins Netz.“ Große Teile des Freistaats werden zudem von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist ein DSL-Zugang ein immer wichtigerer Standortfaktor. Nur wo man schnell ins Netz kommt, siedeln sie sich an.

Im Landkreis Haßberge finden sich „weiße Flecken“ auf der DSL-Landkarte vor allem in den Bereichen Theres, Wonfurt, Aidhausen, Oberaurach und Bundorf, aber auch in Teilen der Städte Haßfurt, Eltmann oder Ebern.

Auch in den Landkreisen Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen finden sich „weiße Flecken“ auf der DSL-Landkarte. Unter anderem in den Bereichen Hollstadt, Strahlungen, Oerlenbach, oder Großbardorf, aber beispielsweise auch in Hammelburg, Mellrichstadt oder Bad Neustadt. Susanne Kastner möchte sie mit Hilfe der Fördergelder aus dem Bundesetat bis zum Ende des Jahres 2008 verschwinden lassen.

„Das geht aber nur, wenn auch die bayerische Staatsregierung von ihrer starren Haltung abrückt. Jetzt wird sich zeigen, ob München Hightech für alle will oder die benachteiligten Gebiete weiter außen vor lässt.“

Susanne Kastner bietet den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern an, sich weiterhin mit ihr in Verbindung zu setzen. Bei einer Fachkonferenz des Bundesministeriums für Wirtschaft und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat sie sich am Montag über aktuelle Entwicklungen informiert.